

Presseinformation

Gemeinsamer Appell von DWV und DVGW

Keine Entflechtung von Wasserstoff- und Gasnetzen

Berlin, 26. Oktober 2022 - Der Deutsche Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Verband e.V. (DWV) und der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) sprechen sich zusammen mit führenden Branchenvertretern für eine Änderung des aktuellen Entwurfs der EU-Kommission zur Gasmarkt-Richtlinie (2021/0425 (COD)) aus. Die Richtlinie wird aktuell auf der europäischen Ebene abgestimmt und hat das Potential, die Wasserstoffwirtschaft dauerhaft zu schädigen, die Energiewende zu hemmen und Stadtwerke in existentielle Gefahr zu bringen.

Dazu sagt der DWV-Vorsitzende Werner Diwald: „Die Pläne der EU-Kommission zum vertikalen und horizontalen Unbundling gefährden sowohl die Transformation als auch den Aufbau einer dringend notwendigen Wasserstoffinfrastruktur und schaffen ein erhebliches Investitionshemmnis für die Marktakteure und müssen daher im Kern überarbeitet werden. Die geplanten Vorgaben der EU zur Entflechtung von Wasserstoff- und Gasnetzbetreibern entziehen den bestehenden Gasnetzbetreibern jegliche betriebswirtschaftliche Perspektive zum Aufbau eines klimaneutralen Gasnetzes.“ Der DVGW-Vorstandsvorsitzende Prof. Dr. Gerald Linke betont: „Es ist nicht nachvollziehbar, warum viele der heutigen, regulierten Gasnetzbetreiber durch die strikten Entflechtungsvorgaben faktisch vom Betrieb des Wasserstoffnetzes ausgeschlossen werden sollen. Die Trennung führt zu höheren Kosten für die Verbraucher, zum Verlust der Sicherheit für den Betrieb des Energiesystems sowie zu unnötigen Verzögerungen für die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft.“

Die aktuell vorgesehenen Regulierungen würden sich voraussichtlich wie folgt negativ auswirken:

- **Existenzgefährdung der Gasnetzbetreiber, insbesondere der Stadtwerke**

Bestehende und gut ausgebaute Gasnetze können für den Transport von Wasserstoff ideal genutzt werden. Nach den EU-Entwürfen wäre ein gemeinsamer Netzbetrieb von Gas und Wasserstoff allerdings mit sehr hohen Hürden verbunden. Bei den in Deutschland überwiegend vertikal integrierten Stadtwerken, die einen Großteil des deutschen Gasverteilnetzes betreiben, würde eine Transition zu Wasserstoff durch die Vorgaben zur vertikalen Entflechtung gar gänzlich ausbleiben. Die notwendige Versorgung lokaler Industrie- und Haushaltskunden mit klimaneutralem Wasserstoff bliebe somit aus und die unternehmerische Grundlage der Netzbetreiber würde eingeschränkt – mit erheblichen Folgen für kommunale Haushalte.

- **Investitionshemmnisse**

Es gäbe keine Anreize für die heutigen Netzbetreiber in den Um- und Ausbau der bestehenden Gasnetze zu Wasserstoffnetzen zu investieren.

- **Stopp der grünen Wasserstoff-Transformation**

Bliebe die Versorgung mit grünem Wasserstoff aus, wären die nicht elektrifizierbaren Teile der Wirtschaft (Industrie und KMU) nicht mehr wettbewerbsfähig und hätten keine Möglichkeit zur Transformation. Damit würden die Klimaziele verfehlt und der Industriestandort Deutschland permanent beschädigt.

- **Ausbleibender Import von grünem Wasserstoff aus Europa**

Ohne entsprechende Netze können keine Importe stattfinden.

Auf die Initiative der Fachkommission HyInfrastructure von DWV und DVGW hin haben sich Verbände und Unternehmen zusammengeschlossen und gemeinsam an den Bundeskanzler, Wirtschaftsminister und weitere wichtige politische Akteure appelliert, sich für die folgenden Änderungen einzusetzen:

- Beibehaltung des anerkannten ITO-Modells für Wasserstoffnetzbetreiber auch nach 2030
- Differenzierung der Netzebenen „Fernleitung“ und „Verteilung“ bei Wasserstoff - analog zu Gas und Strom
- Anwendung der bestehenden Entflechtungsvorschriften für VNB auch auf lokale und regionale Wasserstoff-Verteilnetze
- Anwendung der bestehenden Entflechtungsvorschriften für FNB auch auf überregionale Wasserstoff-Fernleitungsnetze
- Keine gesellschaftsrechtliche Entflechtung zwischen Methan- und Wasserstoffnetzen, um Synergien im Sinne der Verbraucher zu ermöglichen

Folgende Unternehmen und Verbände unterstützen den Appell: 2G Energy, B.KWK, BMW Group, DBI, DVGW, DWV, elogen, EnBW, energie schwaben, Energie Südbayern, ENETRAG, E.ON, EWE NETZ, FNB Gas, GASAG, GASCADE Gastransport, GELSENWASSER, HYPOS, Nikola, Nowega, ONTRAS, Proton Motor Fuel Cell, RheinEnergie, RWE Generation, SachsenNetze, Schrand, Siemens Energy, Thüga, thyssenkrupp nucera, thyssenkrupp steel, VKU, VNG.

Das gesamte Papier zum Wasserstoff-Turbo des DWV und DVGW finden Sie [hier](#).

Über die Fachkommission HyInfrastructure

Die Fachkommission „HyInfrastructure“ betrachtet die notwendigen regulatorischen Voraussetzung und wirtschaftlichen Konzepte für den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur und die Implementierung von Wasserstofftechnologien in unterschiedlichen Branchen (Industrie, Mobilität, Energiesysteme, Wärme). Dabei kooperieren wir mit dem DVGW, um gemeinsam eine Austauschplattform über die gesamte Wertschöpfungskette zu schaffen.

Pressekontakt:

Deutscher Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Verband e. V. (DWV)

Norma Kemper

Telefon: (030) 629 29 485

kemper@dwv-info.de

Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW)

Lars Wagner

Telefon: (030) 79 47 36-64

presse@dvqw.de

Der **Deutsche Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Verband e.V. (DWV)** ist seit 1996 als Interessenverband auf die Förderung einer zügigen Markteinführung des Energieträgers Wasserstoff und der Brennstoffzellentechnologie ausgerichtet. Der Verband hat das Ziel, den Aufbau der Wasserstoffwirtschaft als Bestandteil einer nachhaltigen Energieversorgung voranzutreiben, um das effiziente Erreichen der Klimaziele bei gleichzeitigem Erhalt der Versorgungssicherheit und des Industriestandorts Deutschlands zu gewährleisten. Wasserstoff, der mit erneuerbaren Energien erzeugt wird, wird dabei eine entscheidende Rolle einnehmen. Im Mittelpunkt der Verbandsaktivitäten stehen die Implementierung und Optimierung der erforderlichen marktwirtschaftlichen, technologischen und ordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Wasserstoffwirtschaft in den Bereichen Anlagenbau, Erzeugung, Transportinfrastruktur und Anwendungstechnologien. Um diese Herausforderungen global zu lösen, setzt sich der DWV auch für eine internationale nachhaltige Zusammenarbeit ein. Unsere 400 persönlichen Mitglieder und über 130 Mitgliedsinstitutionen und -unternehmen stehen für bundesweit mehr als 1,5 Millionen Arbeitsplätze; der Verband repräsentiert somit einen bedeutenden Teil der deutschen Wirtschaft.

Der **Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW)** fördert das Gas- und Wasserfach mit den Schwerpunkten Sicherheit, Hygiene und Umweltschutz. Mit seinen über 13.600 Mitgliedern erarbeitet der DVGW die allgemein anerkannten Regeln der Technik für Gas und Wasser. Klimaneutrale Gase und insbesondere der Zukunftenergieträger Wasserstoff sind in der Arbeit des DVGW von besonderer Bedeutung. Der DVGW ist die im Energiewirtschaftsgesetz benannte Institution für Wasserstoffinfrastrukturen. Der Verein initiiert und fördert Forschungsvorhaben und schult zum gesamten Themenspektrum des Gas- und Wasserfaches. Darüber hinaus unterhält er ein Prüf- und Zertifizierungswesen für Produkte, Personen sowie Unternehmen. Die technischen Regeln des DVGW bilden das Fundament für die technische Selbstverwaltung und Eigenverantwortung der Gas- und Wasserwirtschaft in Deutschland. Sie sind der Garant für eine sichere Gas- und Wasserversorgung auf international höchstem Standard. Der gemeinnützige Verein wurde 1859 in Frankfurt am Main gegründet. Der DVGW ist wirtschaftlich unabhängig und politisch neutral. Mit neun Landesgruppen und 62 Bezirksgruppen agiert der DVGW auf lokaler sowie überregionaler Ebene und ist in der ganzen Bundesrepublik vertreten. Themen mit bundesweiter oder europäischer Dimension werden durch die Hauptgeschäftsstelle in Bonn mit Büros in Berlin und Brüssel abgedeckt.